

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 45 (1998)
Heft: 11-12

Artikel: Bevölkerungsschutz ist mehr als Zivilschutz
Autor: Reinmann, Eduard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-369077>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mit Vorwärtsstrategie zur Sicherheitspolitik der Zukunft

Bevölkerungsschutz ist mehr als Zivilschutz

Rekordteilnahme an der Herbsttagung des Schweizerischen Zivilschutzverbandes (SZSV) vom 14. November im Eidgenössischen Zivilschutz-Ausbildungszentrum in Schwarzenburg. Rund 160 Zivilschutz-Kaderleute aus der ganzen Schweiz diskutierten zum Thema «Bevölkerungsschutz 200X» und formulierten ihre Erwartungen dazu auf Stufe Gemeinde und Kanton. Diese kräftigen Impulse von der Basis her will der SZSV via «Bevölkerungsschutz 200X» in den neuen Sicherheitspolitischen Bericht einfließen lassen, der – ausgehend vom Bericht Brunner – derzeit erarbeitet wird.

EDUARD REINMANN

Sicherheit erlaubt keine isolierte Betrachtungsweise mehr, sondern ist das Produkt internationaler Verflechtungen, Gespräche und Tätigkeiten. Vor diesem Hintergrund hatte das Referat von Botschafter Anton Thalmann, Projektleiter Sicherheitspolitischer Bericht 2000, der über die Partnerschaft für den Frieden (PfP) aus der Sicht der Schweiz sprach, einen besonderen Stellenwert. Diese neue Form der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Europa sei für die Schweiz von besonderer Bedeutung, betonte Thalmann. Sie sei nicht nur mitbestimmend für die schweizerische Sicherheitspolitik der Zukunft, sondern erlaube der Schweiz auch, auf diesem Gebiet wesentliche praktische Öffnungsschritte zu vollziehen, die ihr sonst einstweilen versagt geblieben wären.

Sicherheit war noch nie so gross

Einleitend stellte Thalmann die Partnerschaft in den Gesamtrahmen der grossen Veränderungen, die Europa seit dem Berliner Mauersturz erfasst haben. Im Rahmen dieser Entwicklung sei das Militär in ganz Europa immer mehr zum Mittel aktiver, aber nicht kriegerischer Politikgestaltung geworden. Das Feindbild für unsere Verteidigungsanstrengungen werde immer verschwommener und die Strategie zur Abwehr der verbliebenen Bedrohungen immer mehr von der internationalen Zusammenarbeit abhängig. Thalmann: «Unsere Sicherheit im klassisch militärischen Sinne ist wohl noch nie so gross gewesen. Und die verbleibenden Gefahren, vom Terrorismus bis zur Umweltkatastrophe, ver-

langen nur selten nach militärischen Antworten im herkömmlichen Sinne.»

Als Folge dieser neuen sicherheitspolitischen Lage sei indessen auch der «Marktwert» der Neutralität gesunken. Anstelle der früher privilegierten «Mittlerposition» zwischen den Blöcken und kriegführenden Mächten, befinde sich die Schweiz heute mitten in einer Staatengemeinschaft, die im ganzen OSZE-Raum stetig enger zusammenarbeite. Immer öfter werde deshalb im Ausland die Frage nach der Sinngebung der Neutralität gestellt. Dies möge damit zusammenhängen, dass die Neutralität eben eine Verhaltensregel für internationale bewaffnete Konflikte sei.

Enggeflochtenes Freundschaftsnetz

Die strategische Lage der Schweiz habe sich auch deshalb verändert, weil sich das multilaterale Kooperationsnetz der befreundeten Nationen in Europa zusehends

verdichte. Schritt für Schritt bilde sich eine «europäische Sicherheitsarchitektur» heraus. Als wesentliche Elemente nannte Thalmann die EU mit der WEU als ihrem «militärischen Arm» sowie der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik, die OSZE mit ihrer Spezialisierung auf Präventivdiplomatie und Demokratieförderung, den Europarat als Hort des stabilitätsfördernden Schutzes von Rechtsstaat und Menschenrechten, die UNO mit ihrer andauernden Präsenz von etwa 2000 Mann im OSZE-Raum sowie ihrer Legitimationsfunktion für Zwangsmassnahmen der Völkergemeinschaft und schliesslich die NATO mitsamt der Partnerschaft für den Frieden.

An diesem sicherheitspolitischen Integrationswerk habe die Schweiz nur beschränkt Anteil, auch wenn sie ihre relative Isolation durch die Mitwirkung in der PfP nun etwas kompensieren könne, gab Thalmann zu bedenken. Immerhin wür-

Geben und nehmen

Das Mitwirken in der PfP ist ein Geben und Nehmen der Partner. Im Rahmen des ersten individuellen Partnerschaftsprogramms offerierte die Schweiz 18 Tätigkeiten und nahm an rund 40 Tätigkeiten anderer Länder teil.

Die Aktivitäten gliedern sich in die folgenden 8 Hauptbereiche.

Ziviles und militärisches Such- und Rettungswesen:

Hier geht es etwa um Lawinenrettung und Katastrophenhilfe.

Demokratische Kontrolle der Streitkräfte:

In diesem Bereich hat die Schweiz im Kontext Demokratie und Milizsystem Besonderes zu bieten.

Sicherheitspolitische Ausbildung:

Das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik bildet mit Erfolg internationale Diplomaten, Offiziere und Beamte aus und erzeugt dabei ein beachtliches, sicherheitspolitisches Kontaktnetz.

Ausbildungskurs für UNO-Militärbeobachter:

Hier geht es um den bereits seit Jahren bewährten Kurs in Bière.

Rüstungskontrolle und Abrüstung:

Auf diesem Gebiet wird zum Beispiel die Expertise des AC-Labors in Spiez international weitervermittelt.

Sanitätsdienst:

Die Schweiz bietet zum Beispiel Kurse über Kriegs- und Katastrophenmedizin an.

Kriegsvölkerrecht:

Das humanitäre Völkerrecht ist eine alte Spezialität, welche die Schweiz bestens mit Seminarien in die Partnerschaft einbringen kann.

Krisenmanagement, Sicherheit und Stabilität in Europa:

Unter diesem Titel stand eine von der Schweiz organisierte Tagung der Nordatlantischen Versammlung, das heisst der NATO-Parlamentarier, mit ihren Kollegen aus den PfP-Staaten im Vordergrund. Andererseits beteiligten sich Schweizer Vertretungen an zwölf Veranstaltungen der Partner. ▀

FOTO: E. REINMANN



Das Thema der Workshops war brisant und breit gefächert. In den Gruppen wurde engagiert diskutiert.

den mit dieser Beteiligung die Fähigkeiten zur vermehrten Ausschöpfung der neutralitätspolitischen Handlungsspielräume wesentlich verbessert. Thalmann: «Als die NATO im Januar 1994 ihre PfP-Offerte lancierte, erkannten EDA und EMD sofort deren stabilitätsfördernde Bedeutung für den europäischen Kontinent, aber auch den möglichen Nutzen für eine multilateralere schweizerische Sicherheitspolitik.» Nach einigen parlamentarischen Geplänkeln konnte Bundesrat Flavio Cotti am 11. Dezember 1996 in Brüssel das «Rahmendokument» unterzeichnen und am 18. Juni 1997 vollzog Bundesrat Adolf Ogi mit Generalsekretär Solana die Annahmeceremonie für das erste individuelle Partnerschaftsprogramm der Schweiz.

Flexibel in der Partizipation

Im «Rahmendokument» werden folgende fünf Ziele aufgeführt:

- Erhöhung der Transparenz der Verteidigungshaushalte und der Verteidigungsplanung.
- Sicherung der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte.
- Schaffung und Erhaltung der Fähigkeit und der Bereitschaft, zu Einsätzen unter der Autorität der UNO oder der Verantwortung der OSZE beizutragen, und zwar unter ausdrücklichem Vorbehalt nationalen Rechts.
- Ausbau der militärischen Zusammenarbeit mit der NATO in Planung, Ausbildung und Übungen auf den Gebieten «Peace keeping», Such- und Rettungswesen sowie humanitäre Operationen.
- Längerfristig die Entwicklung von Streitkräften, die mit den NATO-Staaten auf

den selbstgewählten Gebieten besser gemeinsam operieren können.

Laut Thalmann ist diese Offerte für die Schweiz besonders interessant, weil die Beteiligung der Pfp nach dem «A-la-carte-Prinzip» erfolgt. Das heisst, dass jeder Partner den Inhalt seiner Zusammenarbeit mit der NATO im Rahmen der genannten Zielsetzungen individuell selbst bestimmen kann.

Unter diesen flexiblen Vorbedingungen kann sich die Schweiz bezüglich ihrer Mitwirkung in der Pfp auf eigene politische Leitlinien abstützen. Zusammengefasst:

- Die Schweiz erhält ihre Neutralität aufrecht.
- Die Schweiz strebt keine NATO-Mitgliedschaft an; sie betrachtet die Partnerschaft für sich als eine selbständige und dauerhafte Beteiligungsoption.
- Der Entscheid zur Mitwirkung, ebenso wie die jährlich auf drei Jahre erneuerten individuellen Partnerschaftsprogramme, beruht auf der ursprünglichen Einladung der NATO vom Januar 1994, welche vom «A-la-carte-Prinzip» ausgeht.
- Der Einstieg der Schweiz in diese neue Zusammenarbeitsform erfolgt schrittweise und pragmatisch, unter allmählicher Ausweitung aufgrund erster Erfahrungen und ihrer Akzeptanz in der schweizerischen Öffentlichkeit und Politik.

Ein enormes Kontaktpotential

Pfp stelle ein enormes Informations- und Kontaktpotential dar, sagte Thalmann. So zum Beispiel durch die Mitwirkung im Euro-atlantischen Partnerschafts-

rat (EAPC). Diese Mitwirkung bringe der Schweiz grosse Vorteile im Sinne von «institutionellen Anschlüssen» in Brüssel. Der EAPC tritt je zweimal jährlich auf Stufe der Aussen- und Verteidigungsminister zusammen. Nach Bedarf können auch Treffen der Staats- und Regierungschefs einberufen werden. Für die Durchführung der Beschlüsse der Ministertreffen sind die Botschafter verantwortlich, die sich monatlich unter dem Vorsitz des NATO-Generalsekretärs treffen. Im militärischen Bereich finden regelmässig Treffen der Generalstabschefs bzw. ihrer Vertreter statt. Sodann ist die Mitwirkung in rund 30 Ausschüssen, Arbeitsgruppen und Kommissionen grundsätzlich möglich.

«Es ist uns wohl allen klar, dass die Schweiz die Möglichkeiten der Partnerschaft erst sehr beschränkt ausschöpft», ist die von Thalmann gezogene vorläufige Bilanz. Beim weiteren Vorgehen sei auf die Gepflogenheiten unseres demokratischen Systems und die öffentliche Akzeptanz Rücksicht zu nehmen. Gleichzeitig sei hartnäckige Überzeugungsarbeit zu leisten. Mit der Beteiligung der Schweiz an der Partnerschaft für den Frieden sei die schweizerische Sicherheitspolitik indessen bereits weit über die herkömmliche Landesverteidigung hinaus gewachsen. Der Ruf nach Flexibilisierung ihrer Mittel sowie nach internationaler Kooperation und Einbettung sei unüberhörbar.

Zivilschutz mit dabei

Während Botschafter Anton Thalmann vor allem allgemeine und militärische Aspekte ausleuchtete, befasst sich Dr. Marco Ferrari, Chef Stab Abteilung Humanitäre Hilfe und SKH in der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit im Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten, mit den zivilen Aspekten der Pfp. Die Schweiz sei in dieser Institution gut integriert, berichtete Ferrari. Auf Bundesebene funktioniert die interdepartementale Zusammenarbeit vorzüglich. In der Pfp könne die Schweiz vor allem in fachspezifischen Bereichen viel einbringen. Das werde von der Schweiz auch erwartet. «Sodann», so Ferrari, «tragen wir eine grosse Verantwortung im humanitären Bereich sowie in der Mitbewältigung von Katastrophen und Notlagen.» In dieses enggeflochtene Netz sei auch der Zivilschutz bzw. der Bevölkerungsschutz eingebettet. Was zivilschutzseitig bereits im Pfp-Programm getan wird und was weiter auf dem Programm steht, erläuterte Karl Widmer, Abteilungschef Konzeption und Organisation im BZS. Man beachte die entsprechenden Berichte in der Ausgabe 10/98 der Zeitschrift «Zivilschutz». ▢